

Benjamin Benz · Jürgen Boeckh
Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.)

Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit

Benjamin Benz · Jürgen Boeckh
Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.)

Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit



VS VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: STRAUSS GMBH, Mörlenbach
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-531-16885-2



**Festschrift für
Ernst-Ulrich Huster**

Inhalt

Benjamin Benz, Jürgen Boeckh, Hildegard Mogge-Grotjahn
Einleitung: Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit 11

Dieter Eißel
Eine etwas andere Laudatio für Ernst-Ulrich Huster 26

Kapitel I Soziale Politik in Deutschland

Richard Hauser
Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung – eine Illusion? 35

Friedhelm Hengsbach SJ
Leistungslegenden im Spiegel gleicher Gerechtigkeit 52

Peter Kostorz
Sozialrecht und soziale Gerechtigkeit 72

Jan Labitzke
Ökonomisierung des Sozialen? Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik 98

Jürgen Boeckh
Sozialpolitik als Integrationspolitik? Anmerkungen zu einer Einwanderungsgesellschaft, die keine sein wollte 115

Kapitel II In Vielfalt geeint – Sozialraum Europa

Udo Bullmann und Jan Kunz
Wem nützt Europa? Die EU zwischen Krise und sozialem Gestaltungsanspruch 135

Ides Nicaise
EU 2020 and social inclusion: Re-connecting growth and social inclusion in Europe 148

Walter Hanesch
Armutsbekämpfung in Deutschland und die Rolle der Europäischen Union 169

<i>Diether Döring</i> Gerechtigkeitsprofile, Sozialstaatsstrategien und Beschäftigung – Ergebnisse eines westeuropäischen Neun-Länder-Vergleichs	192
<i>Katharina Seibel</i> Reklamation und Durchsetzung schwacher Interessen – Hinweise aus deutscher Perspektive am Beispiel politischer Sozialer Arbeit auf EU- europäischer Ebene	207
<i>Peter Erath</i> Soziale Arbeit in Europa – Europäische Sozialarbeit?	225
Kapitel III Zwischen Fußboden und Decke – Soziale Lagen in Deutschland	
<i>Kay Bourcarde und Johannes Schütte</i> Deutschland 2010: Was ist geblieben von der Mittelstandsgesellschaft?	245
<i>Lutz C. Kaiser</i> Integration in Arbeit durch Fordern und Fördern als Chance für soziale Teilhabe?	263
<i>Carola Kuhlmann</i> Bildungsbenachteiligung in der europäischen Diskussion – Anregungen für Strategien gegen soziale Ausgrenzung	282
<i>Jutta Träger</i> Vom Ernährermodell zur geschlechtersensiblen Sozialpolitik: Analysen über den Zusammenhang von Wohlfahrtsstaatstypologie und geschlechterspezifischer Inklusion versus Exklusion	299
Kapitel IV Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Sozialer Politik und Sozialer Lage	
<i>Benjamin Benz</i> Sozialpolitik und Soziale Arbeit	317
<i>Berthold Dietz</i> Soziale Arbeit in alternden Gesellschaften	337
<i>Gerhard K. Schäfer</i> „Arme habt ihr immer bei euch.“ Armut als Herausforderung für die soziale Arbeit der Kirchen	352

Hildegard Mogge-Grotjahn (Mitarbeit: Stefanie Roeder)

Engagement als Ressource

368

Thomas Eppenstein

Zum Funktionswandel Sozialer Arbeit: Zwischen Modernitätsbewältigung,
Marktlogik und Disziplinierung

386

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

400

Einleitung: Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit

Benjamin Benz, Jürgen Boeckh, Hildegard Mogge-Grotjahn

2010 – Jahreszahlen dienen immer wieder als Projektionsfläche von Hoffnungen, Ängsten und Sorgen. Sie lenken den Blick nach vorne, auf den Status quo oder zurück, warnen vor dem zu Erwartenden, halten Erreichtes fest und bleiben dennoch ungewiss. George Orwell's Klassiker ‚1984‘ als Chiffre für den Totalitarismus, oder ‚1968‘ für die politische Rebellion der jungen Generation gegen die „Determinanten der westdeutschen Restauration“ (Huster et al. 1972) im Nachkriegsdeutschland mögen hierfür exemplarisch stehen.

Soziale Politik – In der Politik ist das Jahr 2010 zu solch einer Chiffre geworden. Denn die sog. Agenda 2010, von Bundeskanzler Gerhard Schröder in der zweiten rot-grünen Koalition im Jahr 2003 auf den Weg gebracht, hat die Debatte über den Umbau des Sozialstaates geradezu befeuert. Auch wenn eigentlich nie klar wurde, warum, ob und in welcher Hinsicht die Zielmarke 2010 als Etappenziel eines dauerhaften Prozesses oder als Terminierung des Programms verstanden sein sollte, erreicht die Agenda 2010 nun in diesem Jahr ihren zeitlichen und politischen Horizont. Allerdings ist damit die Auseinandersetzung um die Zukunft des Wohlfahrtsstaates in keiner Weise beendet oder auch nur befriedet. Ähnliches gilt im internationalen Kontext. Die zurückliegenden zehn Jahre Lissabon-Strategie, innerhalb derer die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ werden sollte (Europäischer Rat 2000) endet just mit einem Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung – ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Die zurückliegende Dekade ist sicher nicht per se als sozial gescheitert oder fortschrittlich zu bewerten. In jedem Fall aber war sie mit Umverteilungsprozessen und tiefgreifendem gesellschaftlichen Wandel verbunden, in deren Folge sich auch Teilhabechancen von Bevölkerungsgruppen sozial ungleich verändert haben.

Soziale Lage – Die jüngsten Daten des Sozio-ökonomischen Panels zur Einkommensverteilung in Deutschland zeigen, dass die Einkommensarmut zwischen 1998 und 2008 deutlich gestiegen ist. Weit überdurchschnittlich betroffen sind Haushalte mit Kindern und jungen Erwachsenen (vgl. Grabka/Frick 2010). Ob in Anbetracht dieser Tatsache das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 einmal als kraftvoller Auftakt für die sozialen Ambitionen der jüngst verkündeten ‚EU 2020 Strategie‘ gelten wird, mag dahin gestellt bleiben. Festzuhalten ist, dass es zumindest einen Endpunkt der Lissabon-Strategie darstellt, die ihrem Anspruch nach signifikant zur Armutsbekämpfung beitragen sollte. Festzuhalten bleibt deshalb auch, dass die empirischen Ergebnisse zur tatsächlichen Entwicklung der Sozialen Lage in Europa für die letzte Dekade eher ernüchternd sind – nicht nur die Agenda 2010 ‚erreicht‘ reichlich erschöpft die Ziellinie.

Soziale Arbeit – Hinter Zehnjahrestrends verbergen sich nicht erst in europäischer Perspektive, sondern bereits national so viele unterschiedliche soziale Lagen, dass sie sich mit aggregierten Daten kaum hinreichend beschreiben und analysieren lassen. Umso wichtiger ist die zunächst an Einzelfällen orientierte Erfahrung Sozialer Arbeit, durch die Auswirkungen (un-)sozialer Politik auf die Soziale Lage von Einzelnen und Bevölkerungsgruppen erst sichtbar werden. Soziale Arbeit bleibt in ihren Aufgabenfeldern, ihrem Selbst-

verständnis und ihren Leistungen nicht unberührt von Veränderungen in der ‚großen Politik‘ und den alltäglichen Lebenslagen ihrer Klientinnen und Klienten; doch noch hat und nimmt sie (zu) wenig Einfluss auf die strukturellen und politischen Rahmenbedingungen, die ihre Handlungsoptionen mitbestimmen.

1945 – 2010: Wir wollen über den (zeitlichen) Tellerrand schauen. Auch wenn Schlagwörter wie Agenda 2010 oder Lissabon-Strategie uns dazu verführen mögen, eher in kürzeren Perioden zu denken, wollen wir mit der Konzeption dieses Bandes bewusst den Blick weiten – zeitlich und auch inhaltlich, über unterschiedliche Disziplinen hinweg. 65 Jahre Bundesrepublik und 65 Jahre Europäische Integration verknüpfen sich dabei für uns eng mit 65 Jahren persönlicher Geschichte unseres Kollegen, akademischen Lehrers und Freundes Ernst-Ulrich Huster. Er ist Kind der ‚Stunde Null‘, an der sich mindestens so sehr die Determinanten westdeutscher Restauration (Huster/Kraiker/Scherer/Schlotmann/Welteke 1972) nachzeichnen lassen, wie das Signal eines gesellschaftlichen Neuanfangs. So wenig Erklärungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte erst mit dem 8. Mai 1945 beginnen können, so wenig kann das deutsche bzw. europäische Sozialmodell ohne einen historisch fundierten, politökonomisch argumentierenden Zugang erfasst werden. Die wissenschaftlichen Aktivitäten von Ernst-Ulrich Huster stehen hierfür exemplarisch; sein Name ist aufs Engste mit dieser Zeitspanne und ihrer wissenschaftlichen Begleitung verbunden.

„Das große Übel in der politischen Reflexion wie in der Geschichtsschreibung ist, so hat Theo Pirker seiner Untersuchung über die ‚SPD nach Hitler‘ vorausgeschickt, die Vergeßlichkeit – ‚eine gewusste, aber nicht eingestandene Vergeßlichkeit, die eine ganz eigenartige Selbständigkeit und Mechanik hat‘ (Pirker 1965, 8): ‚Vergeßlichkeit‘ meint hier, daß die komplexen sozialen und historischen Bezüge von politischem Handeln verkürzt werden, um eigenem interessebedingtem Vorgehen den Schein von Interessenindifferenz zu geben.“ (Huster 1978: 7)

Dieser einführende Satz in Ernst-Ulrich Huster’s Dissertation zur Politik der SPD 1945 – 1950 mahnt dazu, im Erscheinungsjahr dieser Festschrift – 2010 – europäische Strategien und bundesdeutsche Agenden mit ihren sozialhistorischen und -räumlichen, sozialpolitischen und -rechtlichen, lebensweltlichen und sozialprofessionellen Kontexten und Widersprüchen zu konfrontieren. Leitendes Interesse dabei ist es, die Bedingungen und Hindernisse zu thematisieren, die den proklamierten Zielen der sozialen Kohäsion sowie der Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung entgegenstehen und zugleich zu fragen, wie diesen Zielen näher zu kommen wäre.

Hierzu versammelt der Band Aufsätze einer Auswahl von Menschen, die mit Ernst-Ulrich Huster’s wissenschaftlicher Arbeit als Wegbegleiter, Kolleginnen und Kollegen, Schüler und Freunde in unterschiedlich enger Verbindung stehen. Ihnen allen sei an dieser Stelle dafür herzlich gedankt. Ein besonderer Dank der Herausgeber geht an *Kay Bourcarde*, der in der Endredaktion nicht nur in mühevoller Kleinarbeit das gesamte Manuskript umfassend bearbeitet und layoutet hat sondern dabei auch immer wieder kritische Nachfragen stellte. Ohne seine kompetente und konstruktive Mitarbeit hätten wir diesen Band nicht in der vorliegenden Form zusammenstellen können.

Der vorliegende Band will dabei keine vor allem auf das wissenschaftliche Werk von Ernst-Ulrich Huster fokussierende Festschrift im klassischen Sinne sein. Der zu Ehrende dient vielmehr als Ausgangs- bzw. Bezugspunkt für eine umfassendere Auseinandersetzung darüber, wie sich (unser Verständnis von) Sozialpolitik in den letzten 65 Jahren verändert

hat, welche Verteilungsprozesse sich sowohl in Deutschland als auch in Europa beschreiben lassen und wie sich Soziale Arbeit als angewandte Sozialwissenschaft in diesem Prozess entwickelt, positioniert und verändert. Geeint werden die Autorinnen und Autoren dieses Bandes dabei in dem Versuch, einen jeweils systematischen Zugang zu den drei genannten Themenfeldern zu finden.

Dieter Eißel führt mit einer „etwas anderen Laudatio“ zum (nicht nur) wissenschaftlichen Wirken und Werdegang von Ernst-Ulrich Huster in den Band ein. Stationen und Begegnungen, angefangen vom östlichen Rand des Harzes über die innerdeutsche Grenze hinweg in den Herborner und Giessener Raum, in München, Hannover, Bochum und nicht zuletzt in den europäischen Sozialraum hinein (u.a. Wologda, Brüssel), prägen dieses Bild, das die drei Bezugspunkte dieses Bandes in ihrer Verbindung deutlich werden lässt. Aus diesem Bild ergibt sich auch, warum wir dem Dreiklang von Sozialer Politik, Sozialer Lage und Sozialer Arbeit in folgenden vier Schritten nachspüren wollen:

- zunächst werden verteilungspolitische und Gerechtigkeitsfragen sowie der bundesdeutsche Sozialstaat thematisiert (Kapitel I),
- dies wird sodann – mit Blick auf Politik, soziale Lage und Soziale Arbeit – auf den weiteren europäischen Kontext bezogen (Kapitel II),
- danach werden einzelne Facetten Sozialer Lagen und ihre Determinanten, wieder auf die Situation in Deutschland fokussiert, eingehender hinterfragt (Kapitel III)
- und schließlich wird der Zusammenhang von Sozialer Politik, Sozialer Lage und Sozialer Arbeit als Spannungsfeld thematisiert (Kapitel IV).

65 Jahre Soziale Politik in Deutschland

Zunächst also: In welchen Verhältnissen stehen – auf 65 Jahre Bundesrepublik als „demokratische[n] und soziale[n] Bundesstaat“ (Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz) zurückblickend – Sozialstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit zueinander?

Bezogen auf das sozialstaatliche Grundanliegen, Armut zu bekämpfen, stellt sich *Richard Hauser* die Frage, ob dieser Anspruch überhaupt erfüllbar ist oder vielmehr eine Illusion darstellt. Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, so lassen sich Hinweise zur Klärung der Frage über die Identifizierung von Bedingungen erhalten, die die Möglichkeiten armutsbekämpfender Politik einschränken (können). Hauser setzt sich daher mit einer ganzen Reihe potentieller Restriktionen ökonomischer, politischer, gesetzlicher, institutioneller, sozialer, instrumenteller und schließlich supranationaler Art auseinander. Auf verschiedene Armutsdefinitionen und -dimensionen Bezug nehmend hält Hauser im Ergebnis fest, dass sich eine vollständige Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung in einer sozialen Marktwirtschaft nicht über Eingriffe in Marktprozesse herbeiführen lässt. Sehr wohl aber können Eingriffe (etwa Mindestlöhne, Bildungsinvestitionen oder öffentliche Beschäftigungsmaßnahmen) und sozialpolitische Maßnahmen (etwa in der Alterssicherung) Beiträge zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung leisten. Eine Illusion sei die völlige Überwindung von Armut auch dann, wenn man von einem dynamischen Lebenslagenkonzept ausgeht. Unter Rückgriff auf die durch die Europäische Union (EU) definierte Armuts(risiko)grenze formuliert Hauser vier Bedingungen, die erfüllt sein müssten, sollte dennoch zumindest Einkommensarmut völlig und dauerhaft beseitigt werden.

Dabei seien dann ökonomische Restriktionen nicht unüberwindbar, eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung über EU-Ländervergleiche ebenso hilfreich, wie aufsuchende Soziale Arbeit. Die Überwindung sozialer Restriktionen sei hingegen umso schwieriger, je „stärker von Politik, Medien und eng ökonomisch ausgerichteten Forschungsinstituten die Sicht verbreitet wird, dass sich die Armen nur genügend anstrengen müssten, um einen Arbeitsplatz zu finden und der Armut zu entkommen“ (S. 49). Schließlich: Der Beitrag kompensierender Sozialpolitik für Bemühungen um eine Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung sei so unverzichtbar, wie unzureichend. Eine armutsbekämpfende Politik, die dieses Attribut wirklich verdient, muss als Soziale Politik mehr als Sozialpolitik umfassen (siehe hierzu etwa auch den Beitrag von Udo Bullmann und Jan Kunz sowie den Titel dieses Bandes, in den wir bewusst ‚Soziale Politik‘ statt ‚Sozialpolitik‘ aufgenommen haben). Soziale Politik ist essentiell auf wirtschafts-, arbeitsmarkt-, bildungs- und integrationspolitische Elemente angewiesen – neben und zusammen mit denen der Sozialpolitik.

Die Veränderungen normativer Vorstellungen von Sozialpolitik, die in jüngster Zeit Bedeutung erlangt haben, stehen im Mittelpunkt des Beitrags von *Friedhelm Hengsbach*: „Leistungslegenden im Spiegel gleicher Gerechtigkeit“. Hengsbach nimmt die mehrheitlich von der Bevölkerung geteilte Auffassung, dass es ‚in Deutschland nicht gerecht zugehe‘, zum Ausgangspunkt einer Analyse aktueller Debatten, in denen marktradikale liberale Politiker die mangelnde Leistungsbereitschaft der Deutschen beklagen. Er analysiert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom Februar 2010, demzufolge die Ermittlung des menschenwürdigen Existenzminimums von Hartz IV-Empfängern durch den Gesetzgeber als verfassungswidrig anzusehen ist. Die herausragende Bedeutung des Urteils sieht Hengsbach darin, dass es ein individuelles soziales Grundrecht für Arme unter Berufung auf eine Verfassung anerkennt, deren erste Artikel sich überwiegend an individuellen Freiheitsrechten orientieren. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde wird vom Bundesverfassungsgericht nicht bloß als ein Abwehrrecht gegen Eingriffe des Staates verstanden, sondern der Staat wird aufgefordert, die Menschenwürde auch positiv zu schützen. Hengsbach zeigt allerdings auch, dass das BVG in etlichen Passagen die systemkritischen Implikationen seiner eigenen Argumentation relativiert. Im Weiteren kontrastiert er das Urteil des BVG mit der öffentlichen Empörung Guido Westerwelle’s über das angeblich gestörte Verhältnis zwischen den unteren Tariflöhnen und sozialen Transferleistungen. Der von Westerwelle und anderen behauptete Gegensatz von Freiheitsrechten einerseits und sozialen Sicherungsrechten andererseits wird von Hengsbach als irreführend herausgearbeitet, so wie auch das BVG von einer Koexistenz freiheitlicher und sozialer Grundrechte ausgeht und die Antinomie zweier Grundrechtstypen als Fiktion zurückweist. Zwar schließt der Grundsatz moralischer Gleichheit Differenzen der Güterausstattung und gesellschaftlicher Stellung nicht aus, aber er entlarvt die tatsächlichen Einkommens- und Vermögensunterschiede weithin als Leistungslegenden. Demgegenüber muss der Grundsatz moralischer Gleichheit als eine gesellschaftliche Verpflichtung gelesen werden, gesellschaftliche Verhältnisse und insbesondere wirtschaftliche Ungleichheiten gegenüber denjenigen zu rechtfertigen, die am schlechtesten gestellt sind.

Wie weit tragen nun aber sozialpolitische und sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Forderungen nach (einklagbarer) Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, wenn sie vor (sozial-)rechtlichem Hintergrund reflektiert werden? In Artikel 20 Absatz 1 postuliert das Grundgesetz den demokratischen und sozialen Bundesstaat. Und in § 1 Absatz 1 Satz 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) sind mit der „Verwirklichung sozialer Gerechtig-

keit“ die Aufgabe des deutschen Sozialrechts und das Leitmotiv sozialstaatlich zu verwirklichender Sozialpolitik zunächst ausdrücklich benannt. Dabei ist der Streit um die konkrete Umsetzung dieses Sozialstaatsgebots auch aus rechtlicher Sicht mindestens so alt wie das Grundgesetz selbst. Hiervon ausgehend fragt *Peter Kostorz* danach, was denn justiziabel und theoretisch fundiert eigentlich als sozial gerecht verstanden werden kann und inwiefern die Ausgestaltung Sozialer Sicherung in Deutschland diesen Ansprüchen genügt. Kurz gesagt: Deutungen des Sinns und Gehalts sozialer Gerechtigkeit sind unverzichtbar; eine Legaldefinition liegt nicht vor. Doch auch die theoretische Debatte verspricht nur begrenzt Erkenntnisgewinn, existierten doch „annähernd so viele Theorien und Ansichten zur sozialen Gerechtigkeit, wie es Autorinnen und Autoren gibt, die sich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben.“ (S. 72) Kostorz schlägt hier im Anschluss an die klassische, aristotelische Scheidung arithmetischer und geometrischer Gerechtigkeit (bzw. Thomas von Aquin's austeilender versus ausgleichender Gerechtigkeit) Orientierungen vor, mit Hilfe derer er die konkurrierenden Verteilungskriterien von Egalität, Leistung(-sfähigkeit) und Bedarf herausarbeitet. Nach Anwendung dieser Kriterien auf verschiedene Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgesysteme formuliert Kostorz eine Reihe von Hinweisen zu seiner Ausgangsfrage, ob bzw. inwieweit das geltende Sozialrecht die im SGB I statuierte Anforderung sozialer Gerechtigkeit tatsächlich erfüllt.

Der Artikel von *Jan Labitzke* analysiert das Verhältnis von sozialpolitischen Maßnahmen und wirtschaftlicher Entwicklung. Hierzu stellt Labitzke sozialwissenschaftliche Theorien und Debatten zum spannungsvollen – über weite Strecken der Geschichte antagonistischen – Verhältnis von Wirtschaft und Sozialpolitik gegenüber. So greift der Autor Karl Polanyi's Analyse der „Great Transformation“ der Gesellschaft durch die Industrialisierung und den Wirtschaftsliberalismus auf. Für Polanyi ist die Entstehung der Sozialpolitik dabei logische Folge eines auf den unregulierten Markt folgenden sozialen Interventionismus. Sozialpolitik ist in erster Linie „funktionalistische Notwendigkeit“ des Kapitalismus und weniger Ausdruck politischer Koalitionen gegen (wirtschafts-)liberale Vorstellungen zur Gesellschafts(re)form (S. 101). Eduard Heimann dagegen beschreibt das ‚konservativ-revolutionäre Doppelwesen‘ der Sozialpolitik. Dahinter steht eine sozialpolitische Dynamik, deren Antriebskräfte soziale Ideen und soziale Bewegungen darstellen, die dem kapitalistischen System Zugeständnisse an die arbeitende Klasse abringen. Sozialpolitik kann in diesem Denken nur in der bürgerlichen Gesellschaft existieren. Sie stellt die gesellschaftliche „Machtfrage und [ist] als solche von der Gesamtkonstellation der günstigen und ungünstigen Umstände abhängig.“ Die Grenze der Sozialpolitik bestimmt sich damit an der „Grenze der sozialen Macht.“ (Heimann 1929: 155, zit. n. Labitzke) Gesellschaftliche Machtfragen folgen aber keiner objektivierbaren ‚Wahrheit‘ – sie sind immer interessengebunden. Labitzke stellt diesem Spannungsfeld im Weiteren unter Einbezug von Diskussionen um den wirtschaftlichen Wert bzw. Unwert der Sozialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg positive und negative Auswirkungen der Sozialpolitik auf die Wirtschaft gegenüber. Dabei wird deutlich, wie Sozialpolitik einem steten Bedeutungswandel unterliegt. In den Anfängen vor allem Abwehrkampf gegen kapitalistische Ausbeutung, entwickelt sie in der Weimarer Republik partizipative und emanzipative Schutzrechte, die dann im Nachkriegsdeutschland zur Basis für ein Sozialstaatsmodell werden, das vor allem auf die Sicherung von Chancengleichheit in einer weitgehend als homogen wahrgenommenen Wohlstandsgesellschaft abzielt. Und heute? Mit *Gøsta Esping-Andersen's* Theorie der investiven Sozialpolitik stellt Labitzke abschließend dar, dass dem ‚modernen‘ Sozialstaat diese Grundlage

zunehmend entzogen wird. Es gilt eine neue Entwicklungsstufe zu erreichen, damit „alternde und von Dienstleistungen dominierte Gesellschaften (...) ihr Potenzial an Humankapital voll ausschöpfen, um ihren Wohlstand zu erhalten“ (S. 108). In kritischer Auseinandersetzung mit allen drei Ansätzen diskutiert er dabei abschließend sozialpolitische Optionen im Kontext einer globalisierten Wirtschaft.

Es würde zu kurz greifen, die nationale Herausbildung und die Veränderung von Sozialstaatlichkeit sowie Prozesse der Transnationalisierung, Europäisierung und Globalisierung nur ökonomisch, juristisch oder sozialpolitisch zu diskutieren. 65 Jahre Soziale Politik in Deutschland lassen sich mit *Jürgen Boeckh* auch als sechseinhalb Jahrzehnte einer Einwanderungsgesellschaft begreifen, die keine sein wollte und doch immer eine war – zunächst mit Flüchtlings- und Kriegsheimkehrerproblematiken konfrontiert, später aktiv arbeitsmarktzentrierte Anwerbungspolitik betreibend, schließlich mit europäischen und weltweiten (Re-)Migrationsströmen sowie Tendenzen sozialer Integration und Ausgrenzung befasst. Ausgehend von der ‚Lebenslüge‘ der deutschen Gesellschaft, kein Einwanderungsland zu sein, fragt der Autor danach, was denn heute die besonderen Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft sind. Als erhellend erweisen sich dabei vor allem jüngste Untersuchungen, die unterschiedliche Grade der Integration bezogen auf einzelne Migrantengruppen nachweisen. Allerdings wendet sich Boeckh gegen aktuelle Versuche, in der Öffentlichkeit auf der Basis dieser Ergebnisse einen Keil zwischen einzelne Migrantengruppen zu treiben. Nicht die Frage, wer hier ‚good guy or bad guy‘ ist, sollte die Debatte antreiben, sondern die Suche nach einem gesellschaftlichen Ausgleich, der unter dem Dach des Grundgesetzes allen in Deutschland lebenden Menschen das Recht auf angemessene Teilhabe einräumt.

In Vielfalt geeint – Sozialraum Europa

Dabei ist die Ordnung des Grundgesetzes inzwischen selbst stark in ein System internationalen Rechts eingebunden, etwa im Rahmen des Europarats und der Vereinten Nationen. Auch ist sie mit der Europäischen Union durch eine politische und juristische Ebene sui generis überwölbt, die zwar weit weniger ist, als eine neue bundesstaatliche Ordnung, jedoch weit mehr, als ein loser Staatenbund oder ein System internationaler Verträge. Wie können die europäischen und internationalen Kontexte für das Verständnis von Sozialer Politik, Sozialer Lage und Sozialer Arbeit nutzbar gemacht werden, wo werden sie durch diese Kontexte geprägt oder gestalten diese mit?

So hat etwa die aktuelle, internationale Finanzmarktkrise immense Folgen im Raum und auf der Ebene der Europäischen Union (EU). Diese nehmen *Udo Bullmann* und *Jan Kunz* in ihrem Beitrag in den Blick. In Folge der Krise ist hier die Wirtschaftsleistung gesunken, die Arbeitslosigkeit gestiegen und sind die Staatsdefizite signifikant gewachsen, bis hin zu drohenden Staatsbankrotten, etwa in Griechenland. Die beiden Autoren verdeutlichen, dass es angesichts internationalisierter Finanzmärkte, des europäischen Binnenmarktes sowie der Europäischen Währungsunion nicht gelingen kann, die Krise mit Instrumenten allein nationaler Politik zu überwinden. Mit ihrem Anspruch, wirtschaftliches und soziales Gegengewicht zur Globalisierung zu sein, komme der Europäischen Union vielmehr eine zentrale Rolle zu. Nach der ohne deutliche Effekte ausgelaufenen Lissabon-Strategie der EU für den Zeitraum 2000 bis 2010 müsse sie nun im Zuge der Nachfolgestrategie für

die Zeit bis 2020 verstärkt auf eine koordinierte wachstums- und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik setzen sowie ihre Finanzpolitiken stärker verzahnen. Die Krise biete damit die Chance, den europäischen Integrationsprozess zu vertiefen und einen progressiven Umbau der Gesellschaft über Modernisierungsanstrengungen voranzubringen. Werde diese Chance vertan, werde die Europäische Union nicht nur ihrem Gestaltungsanspruch nicht gerecht, sondern mit dem Vertrauen der EU-Bürger drohe auch die wichtigste Voraussetzung des Projekts der europäischen Integration selbst abhanden zu kommen

Auch *Ides Nicaise* setzt sich kritisch mit der Lissabon-Strategie der EU auseinander, nimmt nun aber die hierin wechselvoll eingebundene Offene Koordinierungsmethode im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung näher in den Blick. Stellte dieser Zweig des Strategischen Ziels für 2010 zu Beginn noch eine, von niedrigem Niveau ausgehende, deutliche Aufwertung der Inklusionspolitik im Konzert europäischer Politikfelder dar, nachdem dieses mit Verhinderung des Vierten EU-Armutsprogramms 1993 durch das Vereinigte Königreich und Deutschland erheblich geschwächt worden war, so büßte die Armutsbekämpfungspolitik diese Stellung mit der Revision der Lissaboner Ziele zur Halbzeit 2005 teilweise wieder ein. In seiner Bilanz stellt der Autor den sozialpolitischen Erfolgen der Europäischen Union ein eher dürftiges Zeugnis aus. Dahinter vermutet er vor allem eine Integrationspolitik, die vorrangig der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen dient und damit dem Leitbild des freien Marktes die Oberhand über die Herstellung (internationaler) Solidarität lässt. Verstärkend kommt hinzu, dass auch die sozialpolitischen Steuerungsansätze vor allem durch ein tiefes Misstrauen gegenüber „social assistance benefit claimants“ gezeichnet sind und gerade keine „truly effective integration policy“ darstellen (S. 148). Insofern fehlt der EU bis heute eine gemeinsame Vorstellung über die Ausgestaltung des sozialen Europa – ganz zu schweigen von einer vertraglichen Absicherung garantierter sozialer Grundrechte.

Der Beitrag von *Walter Hanesch* schließt an die Frage der Wirksamkeit europäischer Sozialpolitik an und fragt nach der Rolle der Europäischen Union bei der Armutsbekämpfung in Deutschland. Vor dem Hintergrund wachsender Armut und sozialer Ausgrenzung in der gesamten EU streicht er zunächst heraus, dass angesichts der verteilungspolitischen Wirklichkeit, das Ziel der Lissabon-Strategie mittels der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) im Bereich des Sozialschutzes stärkere soziale Kohäsion herzustellen, nicht erreicht werden konnte. Insbesondere hat es die OMK nicht vermocht, einen europäischen Handlungsrahmen für die Bearbeitung der aus der zunehmenden Europäisierung und Globalisierung resultierenden sozialen Problemlagen zu bilden. Die Schwäche des Europäischen Sozialmodells hat auf nationaler Ebene zur Folge, dass Politik mit Blick auf die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit die sozialen Sicherungssysteme so umgestaltet, dass die Armuts- und Ausgrenzungsrisiken gerade der am stärksten benachteiligten Menschen in der Tendenz zu- statt abnehmen.

Auch der Beitrag von *Diether Döring* analysiert sozialen Zusammenhalt in europäischer Perspektive, nimmt nun aber stärker die Verbindung von Beschäftigungssystem und Sozialer Sicherung in den Blick und konzentriert sich dabei auf den nationalen Vergleich unterschiedlicher Politiken (policies) anhand von neun westeuropäischen Staaten dies- und jenseits der EU. Dabei tauchen die bei Peter Kostorz behandelten, wertgebundenen Vorstellungen davon, was sozial gerecht sei, wieder auf, nun jedoch in Form einer Gegenüberstellung von Sozialstaatsarrangements, die sich – teils stärker gemischt, teils stärker in Reinform – an Idealvorstellungen Sozialer Sicherung orientieren, die mit den Namen des briti-

schen Politikers Lord William Beveridge bzw. des Deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck verbunden werden. Im Ergebnis identifiziert Döring sechs Merkmale sozialstaatlicher Strategien, denen im Ländervergleich ein die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung begünstigender Effekt attestiert werden könne. Hierzu zählen vor allem weitgehend lohnunabhängige – und Niedrigeinkommen begünstigende – Sozialabgaben, die Einbeziehung unterschiedlicher Erwerbsformen in die sozialen Sicherungssysteme und Investitionen in Aus- und Weiterbildung sowie in die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit.

Katharina Seibel wendet sich in ihrem Beitrag der Interessensdurchsetzung auf EU-europäische Ebene zu. Sie thematisiert als Widerspruch, dass Soziale Arbeit sich zwar einerseits der Förderung sozialer Politik über die Stärkung schwacher sozialer Interessen verpflichtet fühlt, andererseits aber im interprofessionellen Raum bereits große Schwierigkeiten hat, sich selbst zu behaupten. Dabei falle am Professionalisierungsdiskurs der Sozialen Arbeit auf, dass er sich vornehmlich auf handlungs- und systemtheoretische Ansätze beschränke und trotz ihrer oft beklagten geringen Machtposition machtheoretische Zugänge zur Klärung dieses Problems kaum heranziehe. Diesen Zugängen widmet sich Seibel am Beispiel des Ansatzes von Andrew Abbott, demzufolge Professionen in drei Arenen um eine einflussreiche gesellschaftliche Stellung ringen: In der allgemeinen Öffentlichkeit, in der politischen Arena sowie am Arbeitsplatz selbst. Die daran anschließende Frage nach notwendigen Kompetenzen, um innerhalb der politischen Arena Interessen reklamieren und durchsetzen zu können, mündet in eine Definition politischer Kompetenz Sozialer Arbeit, die sowohl die Vertretung von (schwachen) Klienteninteressen, als auch die Vertretung von (schwachen) Professionsinteressen umfasst. Empirisch untersucht wird dies schließlich anhand einer Befragung von Akteuren deutscher Drittsektor-Organisationen im Feld der Sozialen Arbeit auf der Ebene der Europäischen Union.

Hieran schließt der Beitrag von *Peter Erath* gleich in mehrfacher Hinsicht an. Auch er argumentiert in zentralen Passagen systemtheoretisch und sieht – nunmehr wieder wie Dieter Döring Ländervergleiche anstellend – die Soziale Arbeit in den meisten europäischen Ländern in einer prekären Lage, da es ihr bislang nicht gelinge, ihre Leistungsfähigkeit professionsintern und gegenüber Dritten zufrieden stellend zu kommunizieren. Ferner sieht auch Erath den stark wohlfahrtsverbandlich geprägten Kontext für die Entfaltung sozialprofessioneller Eigeninteressen keineswegs als besonders förderlich an. Nach einer breiten Auseinandersetzung mit verschiedenen ‚das Gesicht‘ Sozialer Arbeit prägenden Kontexten (internen, globalen, sozialpolitischen, ökonomischen, historischen und kulturellen) plädiert Erath für eine verstärkte Professionalisierung und Akademisierung und damit für eine Ausweitung des Horizonts der Sozialarbeit in den europäischen Raum hinein. Erst über eine ausgiebige Wahrnehmung und Diskussion unterschiedlicher europäischer Denkweisen, Argumentationsmuster und Praxen könne eine umfassende Standortbestimmung und Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit allgemein und der in Deutschland im Besonderen gelingen.

Zwischen Fußboden und Decke – Soziale Lagen in Deutschland

Deutschland ist trotz Weltwirtschaftskrise nach wie vor ein reiches Land. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht hat aber zugleich ausgewiesen, dass die Schere zwischen Arm

und Reich in den letzten Jahren immer weiter auseinander geht. Besonders betroffen sind von dieser Entwicklung – wie bereits erwähnt – Haushalte mit Kindern und jungen Erwachsenen sowie allein Erziehenden und schließlich Haushalte von Menschen mit (weiteren) besonderen Beschäftigungsrisiken. Vor allem der mangelhafte Zugang zu Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit wird zunehmend für die ungleiche Verteilung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen (Amartya Sen) verantwortlich gemacht. Wie hängen die Familien- und die Geschlechterpolitik, die Prekarisierung der Erwerbsarbeit, die Bildungsungleichheit und die wachsende Einkommensungleichheit nun also zusammen? Wird Bildung neben dem Geschlecht und Einkommen zur zentralen Determinante von Lebenslagen im 21. Jahrhundert? Was wurde politisch bereits oder noch nicht erreicht, um sozialer Segregation zu begegnen?

Den Auftakt zu Hinweisen für die Beantwortung dieser Fragen liefern *Kay Bourcarde* und *Johannes Schütte*. Das Bild einer weitgehend sozial ausgeglichenen „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (H. Schelsky) nutzend, setzen sie sich in ihrer sozialpolitischen Analyse mit der sozialen Polarisierung der deutschen Wohlstandsgesellschaft auseinander. Dabei erscheint ihnen weniger das Vorhandensein von sozialer Polarisierung an sich als vielmehr die Frage nach den Möglichkeiten sozialer Mobilität als drängendes sozialpolitisches Problem. In ihrem Beitrag arbeiten die beiden Autoren zunächst Indikatoren heraus, mit denen sich das Bild einer nivellierten Wohlstandsgesellschaft nachzeichnen lassen könnte. Im Ergebnis kommen sie zu dem Schluss, dass angesichts der sozialen Realität in Deutschland mit einer noch immer breiten, ökonomisch abgesicherten Mittelschicht zwar kein Anlass für ‚Alarmismus‘ bestünde, gleichwohl sehen sie deutliche Anzeichen – hier vor allem im Bildungsbereich – dafür, dass trotz 65 Jahren deutscher Sozialstaatsgeschichte die Chance auf soziale Teilhabe in unserer Wissensgesellschaft immer stärker statt immer weniger von der sozialen Herkunft eines Menschen bestimmt wird.

Daran schließt *Lutz Kaiser* an, der in seinem Beitrag den sozialen Lagen in Deutschland mit dem Fokus auf den Zusammenhang von Sozialer Sicherung und dem Beschäftigungssystem nachgeht. Ausgehend von der „Rationalitätsfiktion moderner Entscheidungsgesellschaften“ (Uwe Schimank) sieht er dabei gerade in der Arbeitsmarktpolitik die Gefahr, dass moralische Glaubenssätze – wie zum Beispiel die Annahme, dass Massenarbeitslosigkeit letztlich in individuellem Fehlverhalten der Betroffenen wurzelt – die Debatte bestimmen und damit die Suche nach wirklichen Problemlösungen massiv erschweren. Erst in den letzten Jahren einsetzende systematische Evaluationen bringen hier eine zunehmende Versachlichung. Dabei zeigt sich, dass die Arbeitsmarktpolitik – eine distributive (Lohnersatz) wie allokativen (Rahmen für die effektive Suche nach einem angemessenen Arbeitsplatz) Funktion zugleich erfüllend – in einem Zielkonflikt steht. Denn je höher und länger die materielle Transferleistung bei Arbeitslosigkeit ausfällt, umso wahrscheinlicher ist, dass sich dieses negativ auf die unmittelbare Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme auswirkt. Umgekehrt erfordert eine restriktivere Leistungserbringung umso passgenauere Integrationshilfen – jedenfalls dann, wenn das gesellschaftliche Ziel einer möglichst umfassenden Integration aller in Erwerbsarbeit gültig bleibt. In seiner Analyse konstatiert der Autor einen Wechsel von der aktiven zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Damit verbunden ist ein Perspektivwechsel. So stehen nicht länger die qualitative Weiterentwicklung der Arbeitskraft bzw. die Humanisierung der Arbeitswelt im Vordergrund staatlicher Bemühungen sondern die schnelle Integration in Beschäftigung gleich welcher Art, ohne Bestandsschutz von Qualifikation bzw. Lohnniveau („Sozial ist was Arbeit schafft!“). Dabei warnt der Autor vor

einer einseitig unsachlichen Debatte um „Hartz IV“, denn 30 Jahre Arbeitsförderungsgesetz (AFG) haben die Grenzen staatlicher Arbeitsmarktpolitik hinlänglich belegt. Insofern erscheint ihm die Konzentration der Arbeitsmarktpolitik auf die erwerbsfähigen Personen konsequent. Zugleich sieht er in einer vor allem auf Restriktion und Sanktion zielenden Arbeitsmarktpolitik für die eingeschränkt erwerbsfähigen Personen einen „Rückfall in vorherige Jahrhunderte“ (S. 278). Dies ist umso bedenklicher als die empirische Überprüfung den Sanktionsinstrumenten im SGB II eher kontraproduktive Effekte auf die Förderung der Arbeitsbereitschaft bescheinigen. Mehr soziale Inklusion wäre hier vor allem durch mehr sozialpädagogische Betreuung und berufsorientierte Qualifizierung zu erreichen.

In keiner Dimension von Lebenslagen werden das ‚ständische‘ Erbe und der „diskrete Charme der sozialen Distanz“ (Huster 1993) in der Bundesrepublik so deutlich, wie in der Bildungsdimension. *Carola Kuhlmann* zeigt in ihrem Beitrag zur „Bildungsbenachteiligung in der europäischen Diskussion – Anregungen für Strategien gegen soziale Ausgrenzung“ auf, dass die Frage nach der Gleichberechtigung im Bildungssystem auch sozialpolitisch bedeutsam ist. Sie fragt, inwieweit die Analyse der vergleichenden Länderberichte der EU sowie der von der EU geförderten ‚good-practice‘ Modelle die nationale Debatte um Bildungsbenachteiligung befruchten sowie bildungs- und sozialpolitische Anregungen geben kann. Ausgehend von der seit 2000 laut gewordenen Kritik von OECD, EU und UNICEF am bundesrepublikanischen Bildungssystem legt sie ein besonderes Augenmerk auf die frühe Verteilung von SchülerInnen auf verschiedene Schultypen und auf die Frage nach der Förderung von Jugendlichen ohne Bildungsabschluss oder Ausbildung. Kuhlmann weist darauf hin, dass die Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Übergangs von der Schule in den Beruf mit Kofinanzierungsmitteln des Europäischen Sozialfonds ab 2006 das Projekt „Zweite Chance“ auflegte, das speziell für die 9% Jugendlichen eines Jahrgangs entwickelt wurde, die ohne Schulabschluss geblieben sind und damit in ihrer beruflichen und sozialen Entwicklung als gefährdet angesehen werden. Trotz einiger Erfolge dieses Programms blieben die Ergebnisse quantitativ und qualitativ deutlich hinter den Zielen zurück. Dies liege in erster Linie an der Orientierung des Programms am Ersten Arbeitsmarkt, wie sie sich auch im Vokabular des Programms niederschlägt, das deutlich eher der Arbeitsmarktpolitik und der Hartz IV-Gesetzgebung entlehnt ist, als der Schulpolitik. Sowohl die Bildungskritik und -politik der EU als auch die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung seien vorrangig an der effektiven Nutzung des ‚Humankapitals‘ interessiert. Eine Betrachtung von Bildungsfragen aus humankapitalistischer Sicht stehe aber deutlich im Widerspruch zu dem, was ErziehungswissenschaftlerInnen als Aufgabe von Bildung verstehen. Der Gedanke der Selbstorganisation, wie er im Fallmanagement der Beschäftigungsförderung des SGB II geradezu inflationär verfolgt werde, könne zur „zynischen Floskel“ (S. 294) verkommen, wenn damit eine einseitige Verantwortungszuschreibung hin zu den Betroffenen gemeint werde. Eine verantwortliche sozialpädagogische Arbeit kann sich jedoch nicht darauf beschränken, junge Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren; vielmehr geht es um die Vermittlung grundlegender Kompetenzen der Lernfähigkeit. Der Schulsozialarbeit kommt hierbei, so Kuhlmanns Fazit, eine herausragende Rolle zu.

Politikwirksame Kritik am Stand und der Entwicklung Sozialer Lagen in Deutschland entzündet sich nicht allein an wachsender sozialer Ungleichheit (Johannes Schütte / Kay Bourcarde), am unzureichenden Zusammenspiel von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (Lutz Kaiser), der halbherzigen migrationsbezogenen Integrationspolitik (Jürgen Boeckh) und den Schwächen des deutschen Bildungssystems (Carola Kuhlmann). Auch die nach wie vor

auf die sog. Normalbiografie im Erwerbsleben sowie das Ernährermodell gestützte Konstruktion des deutschen Sozialstaates ruft Einwände hervor, die auf lebensweltbezogenes, sozialprofessionelles und sozialpolitisches Veränderungshandeln zielen. Diese Thematik steht im Mittelpunkt des Beitrags von *Jutta Träger*: „Vom Ernährermodell zur geschlechtersensiblen Sozialpolitik: Analysen über den Zusammenhang von Wohlfahrtsstaattypologie und geschlechterspezifischer Inklusion versus Exklusion“. Mit dem Begriff des (Familien-)Ernährermodells wird ein institutionelles Regime bezeichnet, in dem Frauen ausschließlich die Familienarbeit (Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit) übernehmen und Vätern eine Versorgerrolle zugeschrieben wird. Soziale Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen beruhen im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat nicht nur auf ihrer unterschiedlichen Arbeitsmarktintegration, sondern auch auf anderen sozial- und steuerrechtlichen Regelungen, die das traditionelle Ernährermodell begünstigen. Während die vereinbarkeitsorientierten familienpolitischen Maßnahmen auf eine starke Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen im Sinne einer zunehmenden Gleichverteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zielen, begünstigen steuerrechtliche Regelungen in Deutschland weiterhin das tradierte Ernährermodell. Zwei zentrale Instrumente sind hier der Familienlasten- bzw. Familienleistungsausgleich und das Ehegattensplitting. Seit Beginn der 1980er Jahre zeichnen sich indes eine stetige Erosion des Ernährermodells und der dem Modell immanenten sozialstaatlichen Grundlagen ab. Indikatoren, die auf eine Veränderung dieser Grundlagen verweisen, sind u. a. der demographische Wandel innerhalb der Gesellschaften, die Pluralisierung der Lebensformen, die Steigerung der Beschäftigungsraten von Frauen beziehungsweise Müttern und die zunehmende (Kinder-)Armut. Allerdings führte die Erosion des Ernährermodells bisher nicht zur Dominanz eines alternativen Familienmodells. Träger untersucht die Familien-, Umverteilungs- und Arbeitsmarktpolitik in Hinblick auf ihre geschlechtsspezifischen Implikationen und Effekte und formuliert abschließend eine Reihe von Anforderungen an eine geschlechtersensible Sozialpolitik. Voraussetzung einer solchen Politik wäre die Einigung auf ein klares Familienleitbild. Bisher fänden aber Erwerbsentscheidungen von Müttern und Vätern in einem Spannungsfeld zum Teil widersprüchlicher Anreize statt, welches zwar gerne als Wahlfreiheit gelobt werde, letztendlich aber durch das Fehlen eines kohärenten sozialpolitischen Konzepts gekennzeichnet sei.

Soziale Arbeit im Spannungsfeld von Sozialer Politik und Sozialer Lage

Sozialpolitische Regelungen und Programme bestehen ebenso wie sozialarbeiterische und sozialpädagogische Hilfen nicht um ihrer selbst willen. Sie suchen nach Verbesserungen Sozialer Lagen und benötigen dafür stets Ressourcen, die für sie umverteilt werden müssen. Dabei stehen sie unter hohem Legitimationsdruck und konkurrierenden Interessen gegenüber. Welche Perspektiven zeigen sich in diesen Verteilungskonflikten für die Soziale Arbeit?

Oder anders gefragt: In welchem Verhältnis stehen Soziale Arbeit und Soziale Politik? Wo und wie berühren sich diese beiden sozialwissenschaftlichen Disziplinen, wie und wo machen sie sich gegenseitig fruchtbar? Was kann Soziale Arbeit von der Sozialpolitik lernen – wo braucht sie die Sozialpolitik – und umgekehrt? Sollte Soziale Arbeit angesichts wachsender sozialer Polarisierung (sozial-)politischer werden oder ist die Sozialpolitik aufgerufen, sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer zu werden? Entlang dieser Fragestel-

lungen entfaltet *Benjamin Benz* das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit in ihren Gemeinsamkeiten (etwa der Vermittlung von Individuum und Gesellschaft, dem Fokus auf sozial-ökonomischer Not und sozialer Integration, dem koproduktiven Charakter), ihren Differenzierungen und Differenzen (u.a. Politikfeld versus Profession, allgemeinverbindliche Regelungen versus Einzelfallorientierung). Es sei – so Benz – ebenso erstaunlich wie unangemessen, dass sich die wissenschaftlichen Diskurse der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit bislang wenig aufeinander beziehen, auch wenn sich das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit letztendlich erst praktisch erweise. Die Qualität von Sozialpolitik sei daran zu prüfen, ob sie in der Lage sei, „dem kritischen Blick und den tätigen Antworten Sozialer Arbeit auf die sozialen Lagen und Perspektiven ihrer Klienten standzuhalten und diese aufzugreifen“ (S. 319). Umgekehrt sei Professionalität in der Sozialen Arbeit daran zu erkennen, ob sie ihre (sozial-)politische Dimension theoretisch wie praktisch wahrnehme.

Hebt Benz (trotz des Hinweises auf das Ziel der Förderung von Wohlergehen und umfassender Gesellschaftspolitik) stark auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen ab, so setzt *Berthold Dietz* zur Diskussion des Spannungsverhältnisses von Sozialer Politik, Sozialer Lage und Sozialer Arbeit einen anderen Akzent. Soziale Arbeit stehe in genau der Weise vor Veränderungen, wie sich im Sozialen Wandel die gesellschaftliche Formation, die Formen des Zusammenlebens und mit ihnen die sich verlagernden sozialen Probleme und die lebensweltlichen Potenziale der Bewältigung von Krisen insgesamt veränderten. Im Kontext von Alterungsprozessen in der Gesellschaft („demografischer Wandel“) seien gesellschaftliche Veränderungen so weit- und tiefgreifend, dass eine grundlegend andere Fokussierung der Sozialer Arbeit nötig sei, die bislang eher Distanz bis Desinteresse in Sachen Altenarbeit kennzeichne. Der Autor fragt – Seibel’s Diskussion der Professionalisierung Sozialer Arbeit in diesem Band implizit wieder aufgreifend – danach: „Kann sie sich behaupten in einem tendenziell verworrenen und organisationsegoistischen Wirrwarr verschiedenster Disziplinen, die die Deutungshoheit über die Bedarfe des Alters und damit auch die Steuerungsfähigkeit sozialer Dienstleistungen für sich reklamieren?“ (S. 339) Er warnt vor der Gefahr, dass Soziale Arbeit angesichts enger werdender sozialpolitischer Verteilungsspielräume langfristig zu den Verlierern des Wandels gehören könnte, falls eine auf ihn bezogene Neudefinition des Selbstverständnisses Sozialer Arbeit ausbleibe.

Wurde das Verhältnis freier Wohlfahrtsverbände und professionspolitischer Fragen der Sozialen Arbeit bereits in den Beiträgen von Katharina Seibel und Peter Erath thematisiert, stellt *Gerhard K. Schäfer* Armut als Herausforderung für die kirchlich-soziale Arbeit in den Mittelpunkt seines Beitrags. Schäfer spannt den historischen Bogen vom Beginn der konfessionellen sozialen Arbeit im frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Er arbeitet heraus, dass und wie die Entwicklung der Inneren Mission bzw. des Diakonischen Werkes in Deutschland und des Deutschen Caritasverbandes mit den jeweiligen Kirchen und kirchlichen Milieus einerseits, der Formierung und den Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates andererseits verwoben war. Markante Punkte der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Nothilfeprogramme nach 1945, die Währungsreform 1948 und der gemeinsame Aufruf von Kirchen in der BRD und der DDR zur Aktion „Brot für die Welt“ im Jahr 1959. Die Verabschiedung des Bundessozialhilfegesetzes und des Jugendwohlfahrtsgesetzes im Jahr 1961 führten zu grundlegenden Änderungen im Verhältnis der institutionalisierten Diakonie und der Caritas zum bundesdeutschen Sozialstaat. Das Bundessozialhilfegesetz brach definitiv mit dem armenpolizeilichen Denken, das in der Armenfürsorge in Deutsch-

land lange Zeit vorherrschend gewesen war. Zugleich wurde die Stellung der freien Träger der Wohlfahrtspflege in den Bereichen der Jugend- und Sozialhilfe neu geordnet. Caritas und Diakonie hatten an der Erarbeitung der neuen Sozialgesetze mitgewirkt und attestierten ihr einen dezidiert humanen Ansatz. In den folgenden Jahren vollzog sich ein atemberaubender Expansionsprozess der institutionalisierten Diakonie und der Caritas. Dabei kam es zu einer pragmatischen Ausgestaltung der Kooperationsbeziehungen und Abstimmungsprozesse der Diakonie mit ihren Einrichtungen und Diensten und dem Staat bzw. den Kommunen. Auf dem Hintergrund wirtschaftlicher Prosperität und der Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen schien die Armut weitgehend gebannt, und das Armutsthema trat auch in den konfessionellen Wohlfahrtsverbänden in den Hintergrund. Dies änderte sich mit dem Ausbruch und dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik seit Mitte der 1970er Jahre als Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels und in den 1990er Jahren im Zusammenhang der deutschen Einheit. Zunehmend setzen sich seitdem die Wohlfahrtsverbände mit den Themen Kinderarmut und Bildung sowie der Ökonomisierung der Sozialen Dienste auseinander. Die Mitteilung der EU-Kommission über „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen“ (2007) fordert nun die Sozialen Dienste und deren Anbieter heraus, ihre „Besonderheit“ unter Beweis zu stellen. Dies gilt auch und gerade für dezidiert wertbezogene Soziale Dienste wie die Diakonie und die Caritas. Schäfer hält hierzu fest, die konfessionellen Wohlfahrtsverbände seien wichtige Akteure im Blick auf die Entwicklung einer Kultur der Solidarität, die weit über die pure Anpassung an die Nachfrage hinausgehe. Es gälte daran mitzuwirken, dass auf europäischer Ebene im Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern, den professionellen Dienstleistungserbringern und der Zivilgesellschaft ein ‚europäisches Sozialmodell‘ unter Einbeziehung der Sozialen Dienste klare Konturen gewinnt.

Demografischer Wandel (siehe den Beitrag von Berthold Dietz in diesem Band), Armut (siehe den vorstehend umrissenen Beitrag) und andere Herausforderungen an Soziale Arbeit und Politik bilden den Kontext, in dem häufig auf ‚Engagement als Ressource‘ verwiesen wird. *Hildegard Mogge-Grotjahn* geht dem Begriff des Engagements als Bezeichnung für unterschiedlichste Formen nicht bezahlter, entweder auf das Wohl anderer Menschen oder das Gemeinwesen gerichteter Tätigkeiten nach. Engagement wird im allgemeinen Sprachgebrauch als Ressource verstanden: eine Ressource zur Verbesserung der eigenen Lebenslage oder der Lebenslagen anderer, eine Ressource für das Gelingen gesellschaftlicher Integrationsprozesse, eine Ressource, durch die Kommunen, Organisationen des Dritten Sektors oder der Sozialstaat unterstützt oder entlastet werden können, eine Ressource zur Stärkung und Entwicklung demokratischer Gesellschaftsformen. Historisch und auch wieder aktuell gehört das Thema Engagement – so Mogge-Grotjahn – in den Kontext der Modernisierungs- und Individualisierungstheorien. Zu fragen ist, wie unter den Vorzeichen von Individualisierung Vergesellschaftung stattfinden kann, wodurch Zugehörigkeiten, geteilte Lebenswelten, soziale Beheimatung, Identität und Lebenssinn entstehen, was die Gesellschaft zusammen hält und was sie auseinander treibt. Auf diese Fragen versucht das Konzept des ‚Sozialkapitals‘ Antworten zu geben, das von Mogge-Grotjahn kritisch gewürdigt wird. Sie verdeutlicht, dass die vor allem um die demokratietheoretische Dimension zentrierte Debatte um Sozialkapital und Zivilgesellschaft auf den sozialpolitischen und sozialetischen Diskurs bezogen werden muss, in dem es um die Beseitigung sozialer Ungleichheit, um Umverteilung von materiellen und immateriellen Gütern, den Zugang zu Lebenschancen und um Menschenwürde geht. Der Sozialen Arbeit, für deren Professionalisi-

sierungsgeschichte das Verhältnis von bezahlter Arbeit und nicht bezahltem Engagement konstitutiv war, komme hier eine Art Scharnierfunktion zu. Oftmals ausgeblendet werde die Frage, ob Engagement nicht auch bestimmte Ressourcen voraussetze. Empirisch zeige sich, dass eher die ohnehin sozial integrierten und gut gebildeten Personen, die über Sozialkapital (und über ökonomisches und kulturelles Kapital) verfügen, in allen Bereichen der Freiwilligenarbeit zu finden seien. Das lässt Skepsis gegen allzu hoch gesteckte Erwartungen in das Ehrenamt als Ressource für die Inklusion sozial Exkludierter aufkommen. Verstärkt wird diese Skepsis durch den Befund, dass auch die Formen und Verfahren des Engagements selbst sich als Hindernis für Engagement erweisen können.

Funktionen und Sinnbestimmungen Sozialer Arbeit gelten – so der abschließende Beitrag von *Thomas Eppenstein* – nicht nur der Bewältigung von Lebensrisiken in der sogenannten Moderne, sondern die Soziale Arbeit selbst solle als Bewältigungsversuch und damit Teil dieser Moderne verstanden werden. Damit wird eine Rückbindung an (sozial)politische Veränderungen unhintergebar. Als zentrale Herausforderungen benennt der Autor: die ökonomischen Verwerfungen vor allem im Kontext von Armutsrisiken; die demographischen Verschiebungen und radikalen Veränderungen im Generationenverhältnis; die kulturellen Umbrüche im Zuge der Globalisierung. Ferner führen verminderte Möglichkeiten realistischer Lebensplanung oder erhöhte Mobilitäts- und Flexibilisierungsansprüche zu einem Zuwachs an Risiken für gelingende Beziehungen zwischen Erwachsenen und zwischen Erwachsenen und Kindern, auf die Soziale Arbeit als eine Form ‚professioneller Beziehungsarbeit‘ zu reagieren habe. Diese sogenannte „neue Generation von Risiken“ (Robert Castle) nötigt zu einer kritischen Reflexion von Paradigmen der ‚Selbststeuerung‘. Gefragt werden müsse nach normativ tragfähigen Angelpunkten und danach, wie sich Soziale Arbeit als ‚Menschenrechtsprofession‘ (Silvia Staub-Bernasconi) durchsetzen kann. Dieses Bemühen bildet einen scharfen Kontrast zur beobachtbaren Wiederkehr überholt geglaubter strafpädagogisch inspirierter, letztlich paternalistischer Praxis, die sich vor allem dort abzeichne, wo Integrationserwartungen nicht ohne Zwang einlösbar erscheinen. Soziale Arbeit, so Eppenstein unter Bezug auf Lothar Böhnisch, erzielt ihre Eigenständigkeit gegenüber Sozialpolitik oder Fürsorge über ihre Orientierung am ‚unkalkulierbaren Eigensinn‘ der Menschen, denen sie sich zuwendet, mithin gerade aufgrund ihrer sozialtechnischen Unkalkulierbarkeit. Dieser ursprünglich positiv apostrophierte Eigensinn der Adressaten Sozialer Arbeit scheint nun paradoxerweise gerade durch solche Anforderungen in Frage zu stehen, die ihn als funktionale Bestimmung und Wertung von Individuen als ‚Marktteilnehmer‘ voraussetzen! Eigensinn steht hier nicht mehr im potentiellen Widerstreit zu gesellschaftlicher oder staatlicher Einflussnahme in einem empathischen Sinn von individueller Freiheit, sondern gerät in die Zwänge, nun Verluste kollektiver Sicherungsleistungen und staatlicher Gewährleistungspolitiken kompensieren zu müssen. Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen erhalten nicht nur den Auftrag, auf einen flexiblen Habitus ihrer Klientel hinzuwirken, sondern ihre professionellen, beruflichen und institutionellen Standards werden selbst einem ständigen Anpassungsdruck zur Flexibilisierung ausgesetzt. Dies verführe dazu, ‚Innovation‘ im Sinne eines Gütesiegels für Konzepte Sozialer Arbeit ständig neu zu produzieren. Als alternative Perspektive und Herausforderung stelle sich die Aufgabe umfassender gesellschaftlicher Integration, die Eppenstein abschließend formuliert.

In der Zusammenschau rufen die hier versammelten Beiträge zu wissenschaftlicher Analyse und Reflexion sozialer Wirklichkeit ebenso auf, wie zur ganz praktischen Übernahme sozialer Verantwortung – einer Verbindung, die am Ende des einleitenden Beitrags von Dieter Eißel zu Recht als in hervorragender Weise charakteristisch für die Person Ernst-Ulrich Huster beschrieben wird.

Freiburg i.Br. und Bochum im April 2010

Literatur

- Huster, Ernst-Ulrich/ Kraiker, Gerhard/ Scherer, Burkhard/ Schlotmann, Friedrich-Karl/ Welteke, Marianne (1972): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949. Frankfurt am Main.
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitizes. Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, Brüssel.
- Grabka, Markus M./ Frick, Joachim R. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen. In: DIW Wochenbericht, Heft 7/2010, S. 2-11.
- Huster, Ernst-Ulrich (1978): Die Politik der SPD 1945-1950, Frankfurt am Main.
- Huster, Ernst-Ulrich (1993): Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz, Frankfurt am Main/ New York.

Eine etwas andere Laudatio für Ernst-Ulrich Huster

Dieter Eißel

Ernst-Ulrich Huster wurde 11.09.1945 in Welbsleben, das am östlichen Harzrand ca. 7 km südlich von Aschersleben in Sachsen-Anhalt liegt, geboren. Seine Kindheit erlebte er mit seinen zwei Brüdern und der Schwester auf dem Bauernhof seiner Eltern. Vermutlich hat das Bodenständige von Ernst-Ulrich Huster hier seine Wurzeln. Die Familie floh 1953 aus der DDR und baute sich in eine neue Existenz in der Nähe von Herborn auf, wo Ernst-Ulrich zur Schule ging. Nach dem Abitur zog es ihn zunächst zum Studium nach Gießen und nach München, bald kehrte er jedoch nach Hessen zurück, um in Gießen das Studium der Politikwissenschaft und Germanistik fortzusetzen. Nach seinem Staatsexamen 1970 erhielt er sehr bald eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen. 1971 heiratete Ernst-Ulrich Huster dann seine Christa, die ebenfalls an der Universität Gießen studiert hatte, jedoch nach ihrem Abschluss als Lehrerin an der Gesamtschule Gießen Ost tätig wurde. Nach seiner Promotion über „*Die Politik der SPD von 1945-1950*“ zum Dr. phil im Jahr 1976 wurde er dann Hochschulassistent und blieb bis 1984 in Gießen. Hier habilitierte er sich auch mit einer Abhandlung über „*Die Ethik des Staates. Zur Begründung politischer Herrschaft in Deutschland*“ im Jahr 1986 (erschienen 1989 bei Campus).

Wegen der schlechten Stellenausstattung und -aussichten an der Universität Gießen wechselte Ernst-Ulrich Huster als Wissenschaftlicher Mitarbeiter nach Hannover zur Evangelischen Kirche. Die Trennung von seiner Familie, inzwischen um die Tochter Barbara und Sohn Stefan (1980 und 1982) vergrößert, ist dem „Familienmischen“ dabei schwergefallen.

Durch Umhabilitation an die Universität in Hannover nahm er neben seiner Arbeit in der Evangelischen Kirche Veranstaltungen im dortigen Institut für Politikwissenschaft wahr. Er konnte auf diese Weise seine beruflichen Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Kirche, die sich weithin mit praktischen Fragen des Arbeitsmarktes, der Sozialpolitik und Sozialethik befasste, in Lehrveranstaltungen für die Studierenden nutzbringend mit den entsprechenden Theorien verzahnen. In seiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im kirchlichen Dienst lernte er hautnah die Welt der Industriearbeit kennen. Ein Resultat zeigt sich in seinem Beitrag „*Arbeiten unter technologischen und ökonomischen Strukturveränderungen in der Automobilindustrie*“, in: Buß, Hinrich und Läden, Werner (Hrsg.) (1991): Kirche vor den Werkstoren, VW und evangelische Kirche in Wolfsburg, Hannover.

Seine wissenschaftliche Qualifikation und seine Praxiserfahrung haben ihn dann nach 5-jähriger Tätigkeit 1989 an die Evangelische Fachhochschule (EFH) nach Bochum geführt, wo er seitdem Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik ist. Dort war er nicht nur lange im Fachbereich Sozialarbeit tätig, sondern nahm auch über zwei Wahlperioden das Amt des Rektors wahr und widmete sich zuletzt der Genese eines Masterstudiengangs für Sozialarbeit. In dieser Zeit entstanden auch seine Kontakte und

viele Exkursionen zu russischen und niederländischen Hochschulen, insbesondere in Wologda. Die Auszeichnung als Prof. e.h. (Rus) ist hierfür ein Beleg.

Weil die Fachhochschule kein Promotionsrecht hat, Ernst-Ulrich Huster jedoch einige hervorragende Studierende hatte, die er mit einer Promotion weiter fördern wollte, nahm Ernst-Ulrich Huster seine Habilitation an die Universität Gießen zurück, wo er seit einigen Jahren als Privatdozent lehrt. Dies hat sich für die betreffenden Studierenden positiv ausgewirkt: Inzwischen sind die beiden ersten, die auf diese Weise von Ernst-Ulrich Huster in seiner ihm eigenen guten patriarchalisch-fürsorglichen Weise gefördert wurden und eine politikwissenschaftliche Promotion absolvieren konnten, ebenfalls Professoren.

In der Zeit seiner Tätigkeit an der EFH Bochum entstanden zahlreiche Beiträge und Bücher zu Fragen des Sozialstaates, der sozialen Ausgrenzung, zu Reichtum und zu Armut. Nicht zuletzt hat diese Tätigkeit auch dazu geführt, dass die Europäische Union ihn als Experten zur Bewertung der nationalen Pläne in Kontext der sozialen Exklusion gewinnen konnte. Seit 2001 bis heute ist er zusammen mit Benjamin Benz und Jürgen Boeckh Mitglied der Arbeitsgruppe von Nicht-Regierungs-Experten der Europäischen Kommission in Brüssel im Rahmen der Nationalen Aktionspläne gegen soziale Ausgrenzung. Es geht dabei um die Entwicklung der sozialen Lage in Deutschland vor dem Hintergrund der nationalen Umsetzung der Lissabon-Strategie (Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung). Auftraggeber ist die Europäische Kommission – General Directorate for Employment and Social Affairs.

Schon seine Arbeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter der evangelischen Kirche in Hannover als auch seine Tätigkeit an der EFH in Bochum, die zur Evangelischen Kirche gehört, verweisen darauf, dass Ernst-Ulrich Huster in der Evangelischen Kirche verwurzelt ist. Seit Jahren übernimmt er hier auch in der Diakonischen Konferenz, dem obersten Organ der Diakonie in Deutschland, Verantwortung. An seinem Wohnort in Pohlheim bei Gießen ist er inzwischen Mitglied des Kirchenvorstandes und weiß so die Menschen auch in Fragen der Bibel mit entsprechenden Vorträgen zu faszinieren. Bei seiner Vorstellung zur Wahl in den Kirchenvorstand am 21.06.2009 erklärte er:

„Ich möchte mich dafür einsetzen, die guten Kommunikationsstrukturen in unserer Gemeinde aufrecht zu erhalten, organisatorische Rahmendaten für ein vielfältiges Gemeindeleben schaffen und anpacken, dort, wo es Not tut. Ich schätze an unserer Gemeinde das gute Zusammengehen der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dass es uns gelingt, Bewährtes zu erhalten, aber auch Neues zu gestalten. Außerdem die Offenheit für verschiedene Formen des Glaubens und des diakonischen Handelns, sowie die Offenheit für die Ökumene. Ich wünsche mir, dass es so weiter geht wie bisher, ein stärkeres Aufeinanderzugehen der benachbarten Kirchengemeinden und weiterhin die Integration der Neubürgerinnen und Neubürger.“

Für ihn ist daher auch Religion nicht, wie es Napoleon formuliert: „(...), das, was die Armen davon abhält, die Reichen umzubringen“ (Napoleon Bonaparte 1769-1821), sondern dient als moralische Ausstattung des Menschen, die Kommunikationsfähigkeit und Versöhnung, aber auch nachhaltige Verantwortungsethik umfasst.

Ernst-Ulrich Huster ist auch seit langem Mitglied der Gewerkschaften und der SPD, was sicherlich auf seine politische Positionierung und soziale Orientierung zurückzuführen ist. Inzwischen gehört er auch dem Zukunftsrat des Vorsitzenden der hessischen SPD mit insgesamt 15 Fachleuten an.

Ernst-Ulrich Huster ist ganz gewiss einer der bekanntesten Armuts- und Reichtumsforscher in Deutschland. Dies hat vor allen Dingen mit seinen zahlreichen Publikationen und seiner häufigen Präsenz in den Medien in den letzten rund 20 Jahren zu tun. Wer mit der Google Suchmaschine nach Ernst-Ulrich Huster fragt, erhält rund 9.930 Einträge. Überwiegend betreffen diese Hinweise Publikationen und öffentliche Reden in Rundfunk, Fernsehen und Printmedien zu Fragen von Armut und Reichtum in Deutschland und in Europa.

Man könnte daher seinen hauptsächlichen wissenschaftlichen Aktionen zwei Zitate voranstellen, die Ernst-Ulrich Huster als Mann des Ausgleichs und auch infolge seiner pragmatischen Reformorientierung nicht so krass als Leitmotiv wählen würde.

„Was den Armen zu wünschen wäre für eine bessere Zukunft? Nur, dass sie alle im Kampf gegen die Reichen so unbeirrt sein sollen, so findig und so beständig wie die Reichen im Kampf gegen die Armen sind.“ (Erich Fried).

„Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“ (Karl Marx, MEW 23/675).

Für ihn ist Armut – insbesondere von Kindern – ein Skandal und auch eine soziale und politische Herausforderung. Dies ist sicherlich auch eines der Motive, die ihn auch gegenwärtig noch umtreiben, weshalb am 30.10.2009 unter seinem Vorsitz die 1. Sitzung des Fachbeirates der AWO-ISS-Langzeitstudie „Kinder- und Jugendarmut IV“ stattfand. Der Fachbeirat fungiert als wissenschaftliches und fachpolitisches Begleitgremium und setzt sich aus rund 40 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Verbänden, Verwaltung und Praxis Sozialer Arbeit zusammen.

Trotz dieses Schwerpunkts umfasst das Lebenswerk bis dato nicht nur den Bereich der sozialen Ausgrenzung und der Sozialpolitik. In den siebziger Jahren war sein Name mit dem Klassiker *„Determinanten der Westdeutschen Restauration, 1945 – 1949“*, erschienen erstmals bei edition suhrkamp in Frankfurt im Jahr 1972 sehr bekannt geworden. In Zusammenarbeit mit anderen Gießener Politikwissenschaftlern (Gerhard Kraiker, Burkhard Scherer, Friedrich-Karl Schlotmann, Marianne Welteke) wurde damals ein bis heute viel gelesenes Buch zu den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland im Geiste der Restauration von ihm mit verfasst. Dieses Buches war beeinflusst durch die Studentenbewegung und sah sich einer historisch-materialistischen Analyse der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet. Bezeichnend für Veröffentlichungen in der damaligen Zeit war, dass am Beginn ein Zitat von Marx (aus der deutschen Ideologie) zu finden ist. Mit vielen Dokumenten angereichert, versuchten die Autoren den Ideologen des kalten Krieges eine empirisch fundierte Analyse der Genese von Theorien und Strategien entgegenzusetzen, die für die Restitutionsphase in Westdeutschland bestimmend waren. Als Determinanten der politischen Realität der Bundesrepublik Deutschland galten den Verfassern vor allen Dingen die „Kolonialisierung Deutschlands nach dem Zusammenbruch des Faschismus, die Restitution einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Etablierung eines bürgerlich-parlamentarischen Staates“ (Vorbemerkung S. 7.) Heerscharen von Studierenden haben sich mit diesem Werk, das erstmals aus linker Perspektive die Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland darstellte, auseinandergesetzt. Da

das Werk von einer Gruppe geschrieben wurde und alle einzelnen Abschnitte gemeinsam diskutiert und erarbeitet wurden, wurde auf eine namentliche Zuordnung der einzelnen Abschnitte verzichtet. Ich weiß jedoch, dass Ernst-Ulrich Huster sich in diesem Band im Kapitel IV „Die Organisation der Arbeiterklasse nach 1945“ vor allen Dingen mit der Neuordnungsvorstellungen der SPD auseinandergesetzt hat, was später vertiefend Gegenstand seiner Dissertation wurde. Ernst-Ulrich Huster führte die Autoren in alphabetischer Reihenfolge an, sein Name wurde daher sehr eng mit diesem Werk verbunden (kurz: Huster, Determinanten).

Seine Dissertation „*Die Politik der SPD von 1945 bis 1950*“ befasst sich ebenfalls mit der unmittelbaren Nachkriegszeit. Der Anspruch des „Demokratischen Sozialismus in Theorie und Praxis“ wird von ihm jedoch auch in anderen Beiträgen weiterverfolgt, die eine umfassende Bestimmung des Reformpotentials der Sozialdemokratie seit ihren Anfängen bis zur Gegenwart darstellen (siehe „*Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus*“, in: Neumann, Franz (Hrsg.) (1977): *Handbuch politischer Theorien und Ideologien*, Reinbek b. Hamburg; Neuauflage Band 2, Opladen 1996). In die Zeit seiner Befassung mit der Nachkriegszeit fallen auch viele Veranstaltungen, die er in Mittelhessen im Rahmen von DGB-Seminaren zur Geschichte der Arbeiterbewegung durchführte. Das Bewusstsein der eigenen Geschichte und hierbei das Offenlegen von geschichtlichen Alternativen war ihm dabei ein großes Anliegen.

Sehr früh hat sich Ernst-Ulrich Huster auch mit Fragen der politischen Ethik auseinandergesetzt. Sein Beitrag zu „*Herr und Knecht: zur Ethik des Staates. Begründung staatlicher Herrschaft in Deutschland*“ erschien 1985 in dem von Franz Neumann herausgegebenen Handbuch zur „Politischen Ethik“. Diese Thematik hat Ernst-Ulrich Huster dann weiterverfolgt und als Habilitationsschrift am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften eingereicht. Auf die Kernaussagen konzentriert, setzte er sich mit der langen Theoriegeschichte zum Staatsverständnis auseinander. Sowohl die Klassiker: u.a. Platon und Aristoteles, Augustinus, Machiavelli, Hobbes, Locke und Rousseau als auch die deutsche Philosophie von Kant, Fichte, Hegel, Stahl, Marx und Engels, Weber und die kontroversen Positionen von Carl Schmitt und Herrmann Heller in der Weimarer Republik als auch die nach wie vor aktuelle Auseinandersetzung nach 1945 zwischen Abendroth und Forstthoff über das Sozialstaatsprinzip und letztlich aktuelle Staatstheorien werden auf ihren jeweiligen Ethikgehalt untersucht.

Mit Blick auf seine Auseinandersetzung mit Stahl konnte man lesen (Eva Kreisky in einem Kommentar): „Der deutsche Rechtsphilosoph Friedrich Julius Stahl (...) ist der Meinung, dass der Staat (seine eigene) Autorität und Freiheit (der einzelnen Staatsbürger) gleichermaßen sicherzustellen habe und zwar nicht nur mittels Repression, sondern auch durch den Fürsorgegedanken.“ Ernst-Ulrich Huster hält das Vorhaben Stahls vor allem deshalb für nicht realisierbar, weil dadurch ein Grundelement des liberalen Rechtsstaates, nämlich die Mitwirkung der Bürger an der Verabschiedung rechtlicher Normen, gefährdet würde.

„Diese Garantie der bürgerlichen Freiheitsrechte durch den Staat bei gleichzeitiger Absicherung unumstößlicher Autorität führt zur Abkehr von dem im englischen und französischen frühbürgerlichen Denken schlichtweg konstitutiven, aber auch bei Kant, v. Humboldt, Fichte und Hegel angelegten Charakteristikum des liberalen Rechtsstaates, nämlich von der Beteiligung der Bürger an der Setzung der rechtlichen Normen, denen sie dann selbst unterworfen sind.“ (Ernst-Ulrich Huster (1989): *Ethik des Staates. Zur Begründung politischer Herrschaft in Deutschland*, Frankfurt a. M./ New York, S. 46).

Sozialstaat ohne das Erbe des liberalen Rechtsstaats ist für ihn nicht akzeptierbar oder, wenn man so will, für ihn gehören die Losungen der französischen Revolution: *liberté, égalité* und *fraternité* unauflöslich zusammen.

Für Ernst-Ulrich Huster ist es dabei klar, dass eine Staatsethik heute mehr denn je unverzichtbar ist, „die sich gegen diese akute Bedrohung der natürlichen oder sozialen Umwelt wendet (...)“ (Huster 1985, S. 88). Für ihn war klar, dass eine Bedrohung nicht nur durch die vorhandenen Waffenarsenale gegeben ist, die geeignet sind, die gesamte Menschheit zu vernichten, sondern auch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den Menschen kaum mehr reversibel ist. Hinzu kam, dass der Kampf um Marktanteile und Kapitalanlagen und die Dominanz der kapitalistischen Metropolen gegenüber den ärmeren Ländern im Süden eine ernsthafte Gefahr darstellt. „Die Möglichkeit eines von Menschenhand entfachten weltweiten Inferno ist gegeben.“ (ebenda, S. 88) Von daher forderte er eine Ethik des Staates ein, die vor allem darauf zu richten ist, den militärischen, ökologischen und ökonomischen krisenhaften Kreislauf zu verlangsamen. Es ist damit offensichtlich, dass Ernst-Ulrich Huster die marktdogmatische Position eines mageren Staates grundsätzlich ablehnt.

In seinen späteren Werken befasst sich Ernst-Ulrich Huster insbesondere mit der Gefährdung des sozialen Friedens innerhalb einer Gesellschaft, die durch eine wachsende Ungleichheit und Kluft zwischen Arm und Reich entstehen kann. Entsprechend seiner sozialen Verantwortungsethik, die er auch im privaten Leben zeigt, steht er eindeutig auf der Seite der Benachteiligten dieser Gesellschaft. Er ordnet die notwendigen Strategien zur Armutsbekämpfung jedoch in den größeren Kontext der sozialstaatlichen Entwicklung, der Blockaden und Reformmöglichkeiten ein.

Eines der zahlreichen Arbeiten in diesem Feld stellt das Buch von: Boeckh, Jürgen/ Huster, Ernst-Ulrich/ Benz, Benjamin: *Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung* dar. Es erschien im Verlag für Sozialwissenschaften (Wiesbaden) 2006 in einer 2., aktualisierten Auflage und umfasst 520 Seiten und gibt einen umfassenden Überblick der Entwicklung des deutschen Sozialstaats inklusive der gegensätzlichen Handlungsoptionen, Herausforderungen und Instrumente.

Gisela Kubon-Gilke, Professorin für Ökonomie und Sozialpolitik schreibt in ihrer Rezension:

„Bereits der erste Satz des Vorwortes gibt Indizien zu dem Stellenwert und der Einordnung des vorliegenden, umfangreichen Buches. Aktuelle sozialpolitische Diskussionen und Reformen zeigen einerseits, dass bisherige Systeme und Grundsätze der sozialen Sicherung in Frage zu stehen scheinen. Andererseits zeigen sich deutliche soziale Probleme in vielen Marktgesellschaften, so auch der Bundesrepublik Deutschland, u.a. durch zunehmende Vermögens- und Einkommensungleichheit, Armut und fehlende Absicherungen existentieller Risiken. Ziel der Autoren ist es deshalb, nicht nur einen Abriss über die Regeln des (mittlerweile schnelllebigen) Sozialstaats zu geben, sondern insbesondere eine Einordnung in allgemeine theoretische, historische und empirische Zusammenhänge zu leisten. Dieser hohe Anspruch wird im Verlauf des Buches umgesetzt. Damit ist das vorgelegte Konzept inklusive deren Umsetzung des Lehrbuches deutlich anders als das anderer Lehrbücher der Sozialpolitik, die sich oft nur in kurzen Passagen mit grundsätzlichen theoretischen Fragen auseinandersetzen und eher konkrete Regeln darstellen und diskutieren. (...) Das Buch ist insgesamt ein wichtiger und innovativer Beitrag zu dem großen Themenbereich der Sozialpolitik. Kenner sozialpolitischer Programme und Grundsätze können davon ebenso profitieren wie diejenigen, die noch am Beginn ihres Studiums stehen und sich neu mit sozialpolitischen Fragen beschäftigen. Ein ‚Alleinstellungsmerkmal‘ des

Buches ist es, ausführlich und außerordentlich kompetent theoretische und historische Diskussionen zu integrieren. Es ist vorbildlich gelungen, theoretische und grundsätzliche Argumente sowohl am Anfang als auch am Ende des Buches zu diskutieren. (...) Als Fazit ist festzuhalten, dass das vorliegende Lehrbuch exzellent geeignet ist, aktuelle sozialpolitische Entwicklungen, Zwänge und Möglichkeiten zu beleuchten und zu verstehen. Dass dabei allgemeine theoretische Diskurse die Klammer der Argumentation bilden, ist als besonders positiv und gelungen hervorzuheben. Dadurch wird dieses Buch selbst nach politischen Reformen nichts an seiner Relevanz einbüßen.“

Einen Schwerpunkt der vielen anderen Publikationen stellt jedoch die Problematik der Armut dar. Zu diesem Thema finden sich etwa Beiträge und Bücher wie *„Armut im Wohlstand“*, Frankfurt/M. 1990, das er zusammen mit Diether Döring und Walter Hanesch herausgegeben hat. *„Armut in Europa“*, Opladen 1996; *„Zentralisierung der Politik und Globalisierung der Ökonomie: Veränderung der Rahmenbedingungen für die soziale Stadt“*, in: Hanesch (1997): *Überlebt die soziale Stadt?*, Opladen; *„Gesundheit und soziale Ungleichheit in Europa: Veränderungen der Rahmenbedingungen für kommunales Gesundheitshandeln“*, in: *Das Gesundheitswesen* Jg. 60 1-7, Stuttgart/ New York 1998; zusammen mit Benz, Benjamin/ Boeckh, Jürgen: *„Sozialraum Europa – ökonomische und politische Transformation in Ost und West“*, Opladen 2000; und in 2008 erschien das *„Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung“*, das er zusammen mit Jürgen Boeckh und Hildegard Mogge-Grotjahn im VS-Verlag Wiesbaden herausgegeben hat. Auf über 600 Seiten werden nicht nur Theorien und Geschichte der Armut, sondern auch vielfältige Lebenslagen und Bewältigungsstrategien in 32 Kapiteln zusammengetragen. Diese systematische und empirische Aufarbeitung – mit praktischen Handlungsanleitungen versehen – krönen sozusagen die langfristige Beschäftigung mit den unterschiedlichen Dimensionen prekärer Lebenslagen.

Aber auch die Analysen zu Reichtum beschäftigen ihn. 1993 erscheint im Campus-Verlag der viel beachtete Band: *„Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz“*, das er herausgibt. Im Klappentext verweist Ernst-Ulrich Huster darauf, dass in einer reichen Gesellschaft die Reichen kaum noch auffallen. „Aber es gibt sie – immerhin eine Million Haushalte, die sich diskret vom Durchschnitt aller übrigen abheben.“ Zusammen mit Fritz Rüdiger Volz gibt er danach einen stärker theoretisch ausgerichteten Band heraus: *„Theorien des Reichtums, Reihe: Reichtum – Beiträge zu Ökonomie und Kultur der sozialen Distanz“*, Münster/ Hamburg/ London 2002. Die Erforschung des Reichtums hat dann auch dazu geführt, dass er von der Bundesregierung eingeladen wurde, am ersten Armuts- und Reichtumsbericht (zusammen mit Jürgen Boeckh und Dieter Eißel) mitzuarbeiten, der 2001 erschien. Den nachhaltigen Einfluss seiner Arbeiten kann man bereits daran erkennen, dass sich nahezu alle Sozialwissenschaftler auf ihn beziehen, wenn es um die Grenzbestimmung geht, ab dessen Einkommen man von Reichtum sprechen kann. Er schlug vor, als Maßstab Einkommen jenseits des doppelten durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens zu verwenden, was sich allgemein in der sozialwissenschaftlichen Zunft durchgesetzt hat.

Seine unzähligen Vorträge zeichnen sich vor allen Dingen durch die enge Verzahnung von Theorie und Praxis aber auch durch ein hohes rhetorisches Niveau aus, mit dem er seine Zuhörer zu fesseln weiß. Er hält es da mit Ludwig Börne (1786-1837), der völlig zutreffend erklärt hatte: „Ohne Witz kann man nicht auf die Menschen wirken.“ Eines der vielen Beispiele: In einem Interview mit der „Süddeutschen“ erklärte Ernst-

Ulrich Huster was Armut ist: „Armut ist immer eine relative Größe. Nehmen wir das Beispiel einer Stange Zigaretten: Wer vor dem 20. Juni 1948, also der Einführung der D-Mark, eine Stange amerikanischer Zigaretten besessen hat, war ein reicher Mensch. Wer heute irgendwo bei uns eine Stange Zigaretten illegal verkauft, ist ein armes Schwein.“ Oder, in einem Vortrag am 21. Februar 2009 in Berlin, führte er im Zusammenhang mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise aus: „Dass diese immense Staatsverschuldung und Bürgerschaftssumme in kürzester Zeit die ganz gewöhnliche Verteilungsebenen im Bund, bei den Ländern und den Kommunen erreichen wird – ich rechne: kurz nach der Bundestagswahl – ist so sicher wie das Amen im Berliner Dom am Ende des Gottesdienstes.“ Und er kann sich zur Recht aufregen: „Entgegen der Diskussion zu Beginn der siebziger Jahre wird nunmehr soziale Ungleichheit, soziale Distanz offensiv gefordert, ihre Sozialverträglichkeit als evident unterstellt“, schimpft Ernst-Ulrich Huster. (Quelle: Die ZEIT 44/1997) Der ZEIT gegenüber machte er in einem Interview deutlich: „Ich möchte keine amerikanischen Verhältnisse haben, wo die Reichen relativ wenig besteuert werden, dafür dann aber Spenden geben mit der Konsequenz, dass die Eliteuniversitäten ihre Wasserhähne aus Gold herstellen, die anderen Unis aber nicht mal Kreide zum Schreiben haben.“

Fazit: Ernst-Ulrich Huster ist ein umtriebiger, sehr produktiver Wissenschaftler, der zu seiner sozialen Verantwortung mit Herz und Verstand steht und dies nicht nur in seinem privaten Umgang, sondern auch in seinen Schriften und in öffentlichen Wortmeldungen sowie gesellschaftlichen und politischen Engagement deutlich macht.

Kapitel I

Soziale Politik in Deutschland